

Obwohl die Wiedervereinigung insgesamt gelungen ist, erscheint sie in der Wahrnehmung vieler Deutscher unvollendet, wenn nicht sogar gescheitert. Dabei wird der Prozess der deutschen Einheit vielfach nur auf bürokratische, ökonomische und soziale Aspekte reduziert. Hinzu kommt, dass es insgesamt viele Bürger in den alten Ländern gibt, die die Ereignisse von 1989 noch nicht wirklich angenommen beziehungsweise akzeptiert haben. Umgekehrt konnten viele Ostdeutsche die Konsequenzen der friedlichen Revolution noch nicht vollständig verarbeiten. Es fehlt den Deutschen in Ost und West an einer starken gemeinsamen Identität, um politische und ökonomische Schwierigkeiten überwinden zu können.

Für die Politik sind die offensichtlichen Mentalitäts- und Wahrnehmungsunterschiede zwischen Ost und West eine Herausforderung. Die letzten Wahlkämpfe haben gezeigt, dass vor allem die Union in den neuen Ländern Kommunikationsdefizite hat. Es fällt ihr immer schwerer, die Mehrheit der Wähler zu erreichen und von der Richtigkeit ihrer Konzepte zu überzeugen. Das ist jedoch erforderlich, wenn die Union mehrheitsfähig bleiben will. Vor dem Hintergrund, dass es in Ost und West unterschiedliche Ansichten zu politischen Themen gibt, bedarf es spezifischer Kommunikationsstrategien der Politikvermittlung. Dabei ist auch das säkulare Umfeld und die verbreitete Unkenntnis über das Christentum in den neuen Ländern zu berück-

sichtigen. Eine Rückbesinnung der Union auf das christliche Menschenbild kann nur dann im Sinne der Wählerbindung erfolgreich sein, wenn beständig kommuniziert wird, was die Union darunter versteht. Nur die abstrakte Verwendung der Begrifflichkeit ist nicht ausreichend.

Die neuen Länder sind in vielerlei Hinsicht das modernere Deutschland: In der öffentlichen Wahrnehmung werden die neuen Länder aber nur selten mit positiven Aspekten und Entwicklungen in Verbindung gebracht. In der Debatte dominieren Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Abwanderung und die langfristige Abhängigkeit von Transferleistungen. Dabei nehmen die neuen Länder auf vielen Gebieten eine Vorreiterrolle ein, zum Beispiel bei der Bewältigung der Folgen des Bevölkerungsrückgangs und des demografischen Wandels oder bei der wirtschaftlichen Transformation, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auch bei den Mechanismen der Lohnfindung, der Bereitschaft der öffentlichen Verwaltung zu unbürokratischen Lösungen und bei der Flexibilität der Menschen sind die neuen Länder den alten Ländern um einiges voraus. Mit vielen betrieblichen Bündnissen für Arbeit kooperieren Unternehmer und Beschäftigte in den neuen Ländern beispielhaft. Der Westen kann in vielen Bereichen vom Osten lernen!

Auch mehr als siebzehn Jahre nach der Wiedervereinigung prägt die scheinbar unendliche Debatte um den Stand der „inneren Einheit“ die Diskussion im ver-

einten Deutschland. Bei allen Problemen ist es aber nicht zielführend, ausschließlich nach dem „wie gleich oder wie unterschiedlich sind die Deutschen?“ zu fragen. Denn es bestehen zwar Mentalitätsunterschiede zwischen alten und neuen Ländern, aber das gilt genauso innerhalb der alten und neuen Länder. Erstere werden ständig problematisiert und emotional diskutiert, Letztere sind allgemein akzeptiert. Darüber gerät fast in Vergessenheit, dass auch unzweifelhaft viele Gemeinsamkeiten existieren, allen voran im Bereich der persönlichen Wertorientierungen, aber auch auf dem Gebiet der politischen Grundüberzeugungen, der meisten tagesaktuellen Meinungen sowie bei der Bewertung der Wichtigkeit politischer Probleme. Worin liegt also dennoch die Relevanz politisch-kultureller Unterschiede zwischen Ost und West? Es ist die Frage nach den Folgen dieser Differenzen für das politische System, die den Kern der Problematik trifft. Der neuralgische Punkt ist das ambivalente Verhältnis eines Teils der Ostdeutschen zur politischen Ordnung der Bundesrepublik, aber auch zur politischen Gemeinschaft der Bundesbürger.

Distanz gegenüber Demokratie

In den neuen Ländern ist zwar eine hohe Zustimmung zu den allgemeinen Prinzipien unserer Demokratie vorhanden, sodass hier keine signifikanten Ost-West-Unterschiede bestehen. Doch zur konkreten Ausprägung der Demokratie, wie sie sich in der Bundesrepublik darstellt, haben viele Ostdeutsche ein distanziertes Verhältnis. Zwar ist die Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie auch in den alten Ländern teilweise erheblichen Schwankungen unterworfen, doch sind hier die Zufriedenen stets in der Mehrheit. In den neuen Ländern hält dagegen der Negativtrend, der zudem von einem deutlich niedrigeren Niveau ausgegangen war, an. Während die große Mehrheit

der Westdeutschen die Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik existiert, für die beste Staatsform hält (2005: 71 Prozent), meint dies nur eine Minderheit der Ostdeutschen (2005: 38 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006) In beiden Teilen Deutschlands, vor allem aber im Osten, zeigt sich zudem eine immer stärkere Abkehr vom repräsentativen Demokratiemodell. Direkte Partizipationsformen genießen weit höhere Wertschätzung als die klassischen politischen Beteiligungsarten wie etwa die Mitarbeit in einer Partei.

Spannungsfeld

Freiheit versus Gleichheit

Erhebliche Differenzen bestehen zudem im Bereich der politischen Wertorientierungen – vor allem im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit. So betonen die Ostdeutschen viel stärker als ihre westlichen Mitbürger Ziele wie Gleichheit und soziale Gerechtigkeit und halten im Gegenzug individuelle Freiheitsrechte für deutlich weniger wichtig. Selbst eine durch das Leistungsprinzip legitimierte soziale Ungleichheit wird mehrheitlich abgelehnt, nicht nur Chancengleichheit, sondern auch Gleichheit in den Ergebnissen wird angestrebt. Eng hängt damit zusammen, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft, welches mit einem großen Vertrauensvorschuss in den neuen Ländern gestartet war, stark an Vertrauen eingebüßt hat. Vielen Ostdeutschen erscheint im Rückblick die Planwirtschaft als das „menschlichere“ System, das in der subjektiven Wahrnehmung besser in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Schließlich prägen auch Differenzen im Bereich der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft das Ost-West-Verhältnis. Fasst man dazu den demoskopischen Datenbestand knapp zusammen,

fühlen sich die Ostdeutschen nach wie vor mehr als „ostdeutsche Bürger zweiter Klasse“ denn als Bundesbürger. Der Rekurs auf ein ostdeutsches Wir-Gefühl geht einher mit einer Distanzierung von der politischen Gemeinschaft der Bundesrepublik.

Probleme und Chancen im Umgang mit der Freiheit werden speziell in den neuen Ländern sichtbar. Viele Bürger sind von der einst ersehnten Freiheit enttäuscht. Der Freiheitsbegriff ist mittlerweile oftmals sogar negativ besetzt, nicht wenige empfinden den Prozess der demokratischen Meinungsbildung als ineffektiv. Die schwierige wirtschaftliche Lage, verbunden mit überzogenen Erwartungen an die Möglichkeiten des Staates, führt vielerorts zu Verbitterung und Resignation, apolitischem Verhalten oder einer verstärkten Hinwendung zu populistischen und extremistischen Positionen.

Umso wichtiger ist es, sich mit den Fragen rund um den Freiheitsbegriff gerade in den neuen Ländern auseinanderzusetzen. Nur bei einem „richtig“ verstandenen Freiheitsbegriff kann sich der Mensch wirklich zum Menschen entfalten. Eine zentrale Aufgabe sollte es daher sein, das in der Freiheit des Menschen vorhandene Handlungs- und Gestaltungspotenzial im Sinne des christlichen Menschenbildes positiv hervorzuheben und durch den Dialog die Erkenntnis vom Wert der Freiheit zu fördern. Wo dieser Erkenntnisprozess unterbleibt, verliert sich der Freiheitsbegriff in einer diffusen Beliebigkeit mit der Folge, dass der Wunsch nach einfachen Antworten Demagogen und Ideologen den Boden bereitet.

Weit verbreitete „Ostalgie“

Bei der Lösung der aktuellen Probleme in den neuen Ländern helfen „ostalginisch“ verklärte Rückblicke auf ein System, das die Lebenschancen vieler Menschen beeinträchtigt oder gar zerstört hat, nicht

*Ostalgie wird auch auf dem
14. Internationalen Trabant-Fahrer-Treffen
im Juni 2007 in Zwickau gepflegt.
© picture-alliance/dpa, Foto: Jan-Peter Kasper*



weiter. Es ist klar, dass die Menschen, die gezwungen waren, in einem System der Unfreiheit zu leben, über ganz andere Erfahrungs- und auch Erwartungshorizonte verfügen wie ein Bürger, der in der alten Bundesrepublik sozialisiert wurde. Die Gerechtigkeitsvorstellungen orientieren sich – bewusst oder unbewusst – am Propagandabild der „sozialistischen Versorgungsdiktatur“, die mit hohen Ansprüchen an die Absicherung von sozialen Risiken verbunden war. Noch immer glauben viele, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte (vierzig Prozent der Befragten in den neuen Ländern). Dennoch sollte daraus nicht abgeleitet werden, dass dieser Personenkreis die DDR zurückhaben möchte. „Ostalgie“ bezeichnet vielmehr – vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen der Gegenwart – eine Art Sehnsucht nach einer DDR, wie sie hätte gewesen sein können, wenn sie nicht die DDR gewesen wäre. Damit „Ostalgie“ sich nicht verfestigt und in eine generelle Systemopposition umschlägt, ist es neben einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch erforderlich, den Wert der Freiheit zu betonen und den Freiheitsbegriff

positiv im Sinne des christlichen Menschenbildes zu besetzen.

Ansätze zur Erklärung

Wie lassen sich die Ost-West-Unterschiede in der politischen Kultur erklären? In der wissenschaftlichen Diskussion konkurrieren zwei Ansätze: Die Sozialisationsthese betont die politisch-kulturelle Wertekontinuität der Ostdeutschen, welche die Systemtransformation überstanden hat und auf mittlere und längere Sicht auch weiterhin Bestand haben wird. Grundannahme ist hier demnach, dass die meisten Ostdeutschen die in der DDR propagierten Wertvorstellungen über die Jahrzehnte doch ein Stück weit verinnerlicht haben und daher dem System des wiedervereinigten Deutschland in kritischer Distanz gegenüberstehen.

Die Situationsthese stellt demgegenüber die Einflussfaktoren in den Mittelpunkt, welche aus den konkreten Erfahrungen des Umbruchs 1989 und des danach einsetzenden Transformationsprozesses in Ostdeutschland resultieren. Einstellungsunterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West sind demnach situativ bedingt und können sich unter Umständen kurzfristig je nach den gerade vorhandenen Rahmenbedingungen ändern.

Die skizzierten Unterschiede können zum Teil tatsächlich mit der individuell wahrgenommenen Perspektivlosigkeit erklärt werden. Es ist nachvollziehbar, dass ein Arbeitsloser im Zweifel stärker soziale und weniger marktwirtschaftliche Werte betonen wird – nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Doch geht eine scharfe Gegenüberstellung der Sozialisations- und der Situationstheorie an der Wirklichkeit vorbei. Beide Ansätze sind vielmehr komplementär zu betrachten. Das heißt, im Alltag vermischen sich die spezifischen sozialisatorischen Prägungen aus der DDR-Zeit mit den individuel-

len Erfahrungen des Einigungsprozesses und führen im Ergebnis zu den dargestellten Ost-West-Unterschieden.

Welche Folgen haben nun die Einstellungsunterschiede für unser Land? Zentrale Annahme der politischen Kulturforschung ist es, dass die Legitimität eines Gemeinwesens maßgeblich von dessen subjektiven Voraussetzungen abhängt. Damit ist gemeint, dass es einen gewissen Grad an Übereinstimmung zwischen dem politischen System eines Landes und der politischen Kultur – sprich der Einstellungen und Werthaltungen – seiner Bevölkerung geben muss.

In Ostdeutschland fehlt noch immer bei vielen Bürgern die Akzeptanz der politischen Gemeinschaft und der politischen Ordnung. Folge ist, dass eine Identifizierung mit unserem politischen System nur unzureichend stattfindet. Treten dann noch tatsächlich vorhandene oder auch nur subjektiv wahrgenommene staatliche Leistungsdefizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge auf, wirkt sich das zusätzlich negativ auf die Systemunterstützung aus. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass die Erwartungen an den Staat als Leistungsträger in Ostdeutschland allgemein höher sind als in Westdeutschland. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass viele Bürger in den neuen Ländern die aus ihrer Sicht unzureichende Realisierung sozialer Ziele nicht wie die Mehrheit in Westdeutschland der aktuellen Politik zuschreiben, sondern dem politischen System der Bundesrepublik. Weiterhin ist die Bindung an Kirchen, Gewerkschaften und vor allem auch an Parteien in den neuen Ländern wesentlich geringer ausgebildet als im Westen. Die etablierten Volksparteien sehen sich in den neuen Ländern entweder schwindenden Mitgliederzahlen gegenüber oder konnten bisher nur eine kleine Basis aufbauen. Daher unterscheidet sich nicht nur die Zusammensetzung und der Grad der Vo-

latilität (Wechselhaftigkeit im Wahlverhalten) des Parteiensystems in Ost und West, sondern auch die Art und Weise der Parteiarbeit: Das traditionelle westdeutsche Konzept der Mitgliederpartei wird in den neuen Ländern vor allem durch Personalisierung und Medialisierung ersetzt.

Daher richten sich die zentralen politisch-kulturellen Herausforderungen der inneren Einheit nicht so sehr an das politische System als Ganzes, sondern vielmehr an die Parteidemokratie. Dabei ist zu beachten: Die Vereinigung, welche die Einstellungen der Ostdeutschen in das vereinte Deutschland eingebracht hat, fiel nicht in eine Zeit der politisch-kulturellen Stabilität Westdeutschlands. Auch hier waren weitreichende Veränderungsprozesse im Gang, die zwar völlig andere Ursachen hatten als die Einstellungslandschaft im Osten, aber ähnliche Phänomene zeigten. Auch in Westdeutschland steigt der Wunsch nach Geborgenheit in ökonomisch unsicheren Zeiten. Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung atomisieren gesellschaftliche Strukturen. Der Sicherheitsbedarf als neue Sehnsucht nach Übersichtlichkeit nimmt zu. Der Wertewandel brachte zugleich kritische und anspruchsvolle Bürger hervor mit neuen Anforderungen an politische Partizipationsformen. Das Politikverständnis der Deutschen ist nicht mehr primär institutionenbezogen zu verstehen, sondern erweist sich als punktuell, situativ, kontextabhängig, erlebnis-, kampagnen- und betroffenheitsorientiert. Auch in den alten Ländern ist eine Abnahme der Bindungsfähigkeit von Großorganisationen, vor al-

lem auch der Parteien, festzustellen: Rückgang der Mitgliedschaften, Abnahme der Stammwähler sowie Zunahme der Wechselwähler sind dabei wichtige Stichworte.

Die Parteien sind dabei zahlreichen Ambivalenzen ausgesetzt. Altes und Neues stehen lose verkoppelt nebeneinander. Was für einen erfolgreichen Medienwahlkampf erforderlich sein mag, kann sich für die Legitimität der Politik als Bumerang entpuppen. Einerseits erweisen sich die Parteien in den Augen vieler Wähler als unzeitgemäße Großorganisationen, die dem eigenen Partizipationsverhalten nicht mehr entsprechen, andererseits ist die Organisation als Mitgliederpartei eine ihrer zentralen Legitimationsquellen. Auch das Wahlverhalten illustriert die Dilemmata der Parteien: Einerseits prägen noch immer gesellschaftspolitische Konfliktlinien den Parteidemokratiewettbewerb, andererseits nehmen die Parteibindungen ab, im Osten sind diese kaum vorhanden. Infolgedessen steigt die Wechselhaftigkeit des Parteiensystems, sie liegt in den neuen Ländern auf höchstem Niveau.

Eine Schlüsselrolle beim Abbau der Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz unseres politischen Systems nimmt natürlich nicht zuletzt die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern ein. Tatsache ist: Wenn es der Politik nicht gelingt, auf absehbare Zeit eine wirkliche wirtschaftliche Perspektive der neuen Länder aufzuzeigen und umzusetzen, besteht die Gefahr, dass sich die in Teilen bereits vorhandene Systemopposition verfestigt und weiter ausbreitet.

**Einem Teil dieser Auflage liegt ein Faltblatt
der Initiative Neue Marktwirtschaft „Chance des Wachstums“ bei.**